

Rundschreiben

Steuern: Bundesrat fordert Industriestrompreis und Senkung der Stromsteuer auf das europäische Mindestmaß

Steuerausschuss
AK Energiebesteuerung

Nachrichtlich:
Mitgliedsverbände
Landesvertretungen

Rundschreiben Nr.
SH 2023-178

Datum
29. September 2023

Seite
1 von 2

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Bundesrat hat in seiner heutigen Sitzung einen Industriestrompreis und die Senkung der Stromsteuer auf das europäische Mindestmaß gefordert.

In dem [Beschluss](#) (samt Videoaufzeichnung) des Tagesordnungspunktes Top 16 „Industriestrompreis“ der 1036. Sitzung heißt es weiter:

"Internationale Konkurrenz

Der Bundesrat betont, dass durch die Industriestrategie Chinas und den Inflation Reduction Act der USA die Einführung des Industriestrompreises mit dem Ziel der Transformation und Dekarbonisierung umso dringlicher geworden ist. Er warnt davor, dass Deutschland sonst in der internationalen Standortkonkurrenz zurückzufallen droht.

Perspektive für Investitionen

Industriebetriebe bräuchten eine klare Perspektive, dass ausreichend sicher und preisgünstig produzierter Strom aus erneuerbaren Energien zur Verfügung steht und sie weiterhin wettbewerbsfähig am Standort produzieren sowie die erforderlichen Investitionen in eine klimafreundliche Transformation rentabel refinanzieren können.

Senkung der Stromsteuer

Der Bundesrat regt außerdem die Senkung der Stromsteuer auf das europäische Mindestmaß an - als erste sofortige und breit wirkende Maßnahme für alle Unternehmen und Entlastung für die Verbraucherinnen und Verbraucher.

Reform der Netzentgeltsystematik

Erforderlich sei zudem eine gerechte und auskömmliche Finanzierung der notwendigen Netzausbaukosten im Zuge der Energiewende. Der Bundesrat bittet die Bundesregierung, einen Vorschlag zu der im Koalitionsvertrag vereinbarten Neuregelung der Netzentgeltsystematik vorzulegen.

**Bundesverband der
Deutschen Industrie e.V.**
Mitgliedsverband
BUSINESSEUROPE

Lobbyregisternummer
R000534

Telekontakte
T: +493020281574

Internet
www.bdi.eu

E-Mail
J.Winkler@bdi.eu

Bundesregierung am Zug

Die Entschließung wurde der Bundesregierung zugeleitet. Sie entscheidet, wann sie sich mit den Forderungen des Bundesrates befasst. Feste Fristen hierfür gibt es nicht.“

Es bleibt nun abzuwarten, wie der Bund auf den Beschluss des Bundesrats reagiert und inwiefern eine notwendige politische Lösung hinsichtlich der hohen Strompreise gefunden wird.

Für Rückfragen stehen wir gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Monika Wünnemann



Julian Winkler